

PETER KLEIN

## BEHÖRDENBEAMTE ODER GEFOLGSCHAFTSMITGLIEDER?

### ARTHUR GREISERS PERSONALPOLITIK IN POSEN

Als Arthur Greiser im September 1939 zum Chef der Zivilverwaltung (CdZ) beim Armeeoberkommando in Posen ernannt wurde, begann die zweite Karriere eines Nationalsozialisten, der vorher als Senatspräsident Danzigs und stellvertretender Gauleiter in der Freien Stadt nicht zur ersten Reihe der führenden Nationalsozialisten gehört hatte. Während der länger als fünf Jahre dauernden deutschen Besatzungsherrschaft im westlichen Polen stand sein Name für die beispiellose Verfolgung der polnischen Einwohner. In eigener Perspektive sah Greiser sich allerdings als derjenige, der von Hitler allein den Auftrag bekommen hatte, die nach Süden und Osten hin arrondierten annexierten Gebiete um den Kern der alten preußischen Provinz Posen dauerhaft zu germanisieren. Diese vermeintlich positive Kehrseite der Gewaltpolitik gegen Polen und polnische Juden öffentlich zu repräsentieren und für sich selbst propagandistisch auszuschlachten, gehörte zu Greisers Inszenierungen als Vizekönig ebenso, wie er in Reden und Vorträgen sich als rücksichtslos vorgehender Potentat gegen alle Widerständigen darstellte.

Doch dieses publizistisch gestreute Bild als gütiger Betreuer erschöpfter volksdeutscher Umsiedler und tatendurstiger Gewaltmensch zugleich gilt es zu hinterfragen. Denn derlei Inszenierungen verdecken auch auf dem Sektor der Besatzungspolitik einen im Allgemeinen akzeptierten historischen Befund der polykratischen Herrschaftsstruktur des Nationalsozialismus. Im Spannungsfeld zwischen etablierter staatlicher Ministerialbürokratie, dem Exekutivanspruch der Partei sowie den sektoralen Sondergewalten galt es für den Gauleiter und Reichsstatthalter stets, die eigene Entscheidungshoheit gegen andere Interessen aufrechtzuerhalten und auszubauen.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Die NS-Gaue. Regionale Mittelinstanzen im zentralistischen „Führerstaat“, hg. v. JÜRGEN JOHN u. a., München 2007.

Dabei bot der Reichsgau Wartheland als neues Territorium des Deutschen Reichs insofern innovative Möglichkeiten für alle beteiligten Entscheidungsträger, weil dort sämtliche administrativen Strukturen erst aufgebaut und etabliert werden mussten.<sup>2</sup> Die Analyse der Politikfelder, wie etwa die so genannten Germanisierung des Bodens (Siedlung) und der Menschen (Deutsche Volksliste), die Wissenschaftspolitik (Reichsuniversität), die „Endlösung der Judenfrage“ mittels Massenmord (Vernichtungslager Kulmhof) oder finanzwirtschaftliche Strategien (Bankenwesen) zeichnet langsam ein Bild, das den Reichsstatthalter als zentralen Akteur im Reichsgau Wartheland zeigt.<sup>3</sup> Von grundlegender Bedeutung hierfür war aber Greisers Vertrauen auf eine ihm ergebene engere „Gefolgschaft“, die es zu bilden, zu pflegen oder zu verteidigen galt. Nachfolgend sollen einige charakteristische Mechanismen von Greisers Personalpolitik zur Sprache kommen, die einen ersten Einblick in das personelle Fundament der sich entwickelnden Handlungsdominanz der Reichsstatthalterei in Posen bieten können.

Um sich den neuen Herausforderungen als Gauleiter und Reichsstatthalter zu stellen, umgab sich Greiser, wie andere NS-Territorialführer auch, mit Personen, die sich bereits vorher als zuverlässig oder ihm ergeben erwiesen hatten. Hierzu zählte vor allem der ehemalige Danziger Polizeipräsident Helmut Froböß, der seit Januar 1940 nicht nur Oberlandesgerichtspräsident in Posen, sondern auch Leiter der Justizabteilung in der Reichsstatthalterei wurde.<sup>4</sup> Die Leitung der Abteilung Arbeit übernahm Ernst Kendzia, der seit 1933 als für die Berufsgruppenlenkung zuständiger Abgeordneter der NSDAP im Danziger Volkstag gesessen hatte und nun

<sup>2</sup> DIETER POHL, Die Reichsgaue Danzig-Westpreußen und Wartheland: Koloniale Verwaltung oder Modell für die zukünftige Gauverwaltung?, in: Ebd., S. 395–405.

<sup>3</sup> GERHARD WOLF, Ideologie und Herrschaftsrationalität. Nationalsozialistische Germanisierungspolitik in den annexierten Gebieten Westpolens (in Vorbereitung); HELMUT WILHELM SCHALLER, Die „Reichsuniversität Posen“ 1941–1945. Vorgeschichte, nationalsozialistische Gründung, Widerstand und polnischer Neubeginn, Frankfurt a. M. 2010; MICHAEL ALBERTI, Die Verfolgung und Vernichtung der Juden im Reichsgau Wartheland 1939–1945, Wiesbaden 2006; PETER KLEIN, Todeslager Kulmhof. Finanztechnische Hinweise auf die federführende Verantwortung für ein Vernichtungslager im Reichsgau Wartheland, in: Der Judenmord in den eingegliederten polnischen Gebieten 1939–1945, hg. v. JOCHEN BÖHLER / JACEK ANDRZEJ MŁYNARCZYK, Osnabrück 2010, S. 203–217; INGO LOOSE, Kredite für NS-Verbrechen. Die deutschen Kreditinstitute in Polen und die Ausraubung der polnischen und jüdischen Bevölkerung 1939–1945, München 2007, S. 83–282. Alle wichtigen Politikfelder beinhaltet auch die neue Biographie Greisers: CATHERINE EPSTEIN, Model Nazi. Arthur Greiser and the Occupation of Western Poland, Oxford / New York 2010.

<sup>4</sup> LOTHAR GRUCHMANN, Justiz im Dritten Reich 1933–1940. Anpassung und Unterwerfung in der Ära Gürtner, München 1990, S. 280.

zugleich zum Reichstreuhand der Arbeit im Warthegau ernannt wurde.<sup>5</sup> Der ehemalige Danziger Senator für Volksaufklärung und Propaganda, Paul Batzer, avancierte in Posen zum Gauwirtschaftsberater und Viktor Böttcher, ehemals Leiter der Auswärtigen Abteilung des Senats, wurde Regierungspräsident des Bezirks Posen.<sup>6</sup> Die Danziger Gefolgschaft Greisers umfasste aber auch seine engste Umgebung. Elsa Claassen, seine persönliche Sekretärin aus Danziger Zeiten, leitete jetzt in Posen das Chefbüro und schrieb seine persönliche und dienstliche Korrespondenz. Mit Fritz Harder wurde einer von Greisers engsten Freunden zum persönlichen Adjutanten erklärt; zum persönlichen Referenten brachte es Greisers Vetter Harry Siegmund, der 1999 seine späten Memoiren veröffentlichte.<sup>7</sup>

Diese kleine Gruppe ergänzte der frühere Berliner Kammergerichtspräsident August Jäger, der schon beim Einmarsch in Posen als Stellvertreter Greisers in dessen Eigenschaft als CdZ geführt wurde. Zu denjenigen, die wie Jäger nicht aus Danzig stammten und dennoch als Neulinge die Wertschätzung des Gauleiters und Reichsstatthalters schnell erreichten, gehörten Dr. Herbert Mehlhorn als Leiter der Abteilung I der Reichsstatthalterei und der Leiter der Abteilung Landwirtschaft, Heinrich Pehle. Der Gutsbesitzer Pehle stammte aus dem benachbarten Gau Pommern, wo er als Landeshauptabteilungsleiter (Landwirtschaft) in der Gauleitung beschäftigt war. Diese beiden Personalentscheidungen waren jedoch nicht unwidersprochen geblieben. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hielt den SS-Hauptsturmführer Pehle wegen mangelnder Verwaltungserfahrung für völlig ungeeignet, und der zuständige Staatssekretär Werner Willikens teilte ihm dies am 21. November 1939 auch mit. Doch Willikens irrte mit seiner Annahme, die Reichsministerien hätten ein Vorrecht bei der Einsetzung von Personal in leitenden Positionen im neuen Reichsgau. Greiser reagierte mit zwei in ihrer Diktion typischen Schreiben an Walther Darré und dessen Staatssekretär, die eine deutliche und selbstbewusste Zurückweisung jeglicher Einmischung betonten und die eigene Rolle als alleinigen politischen Führer des Warthegaues klar herausstellten.<sup>8</sup> Nur wenig später, im Januar 1940, begannen Greiser und Pehle, die Einflussmöglichkeiten

<sup>5</sup> Zu Ernst Kendzia: Bundesarchiv Berlin (BA), R 3901, Nr. 20382 und Nr. 20383. Kurze Vita in ALBERTI, Verfolgung. S. 60. Zu Kendzias Verfahren und Todesurteil in Waldheim BERND WITHÖFT, Die Todesurteile der Waldheimer Prozesse. Diss. Wien 2008, S. 90-93.

<sup>6</sup> EPSTEIN, Model Nazi, S. 140-144.

<sup>7</sup> HARRY SIEGMUND, Rückblick. Erinnerungen eines Staatsdieners in bewegter Zeit, Raisdorf 1999.

<sup>8</sup> Russisches Staatliches Militärarchiv, Moskau (RGVA), 720-5-7283. Personalakte Pehles im RMdI; EPSTEIN, Model Nazi, S. 149 f.

des Ministeriums auf dem Gebiet der „Schaffung des Neubauerntums“ gemäß der Richtlinien zur Festigung deutschen Volkstums zu beschneiden, indem sie innerhalb ihres Territoriums eigene Siedlungsgesellschaften gründeten und persönlich die notwendigen Schlüsselpositionen besetzten.<sup>9</sup> Damit war innerhalb kürzester Zeit ein Reichsministerium, das über den Sonderauftrag Hitlers an Himmler zur Germanisierung des Gaues hätte Siedlungspolitik betreiben können, in seiner Wirkungsentfaltung entscheidend beschnitten worden.

Auch im Falle des Leiters der Abteilung I der Reichsstatthalterei verbat sich Greiser jegliche Einmischung durch das zuständige Reichsministerium des Innern (RMdI). Herbert Mehlhorn, der noch im August 1939 im Planungsstab des Hauptamtes Sicherheitspolizei an den Vorbereitungen zu den fingierten Grenzzwischenfällen mit Polen involviert gewesen war, hatte sich kurz vor seiner Abordnung zum Stab des CdZ mit Heydrich irreparabel überworfen, wurde jedoch von Himmler nach wie vor gestützt. Als das RMdI Mehlhorn wegen mangelnder Verwaltungserfahrung an andere Einsatzorte zur Einarbeitung abordnen wollte, protestierten Greiser und Werner Best unisono, dies würde einem ausdrücklichen Wunsch Himmlers widersprechen, so dass sich Staatssekretär Hans Pfundtner letztlich fügte. Der sächsische Oberregierungsrat erlangte innerhalb weniger Wochen eine Vertrauensstellung bei Greiser, wenn es etwa um die Frage der Verwaltungsgliederung des Gaues ging oder um die Organisation des Führungsstabes Wirtschaft in der Reichsstatthalterei. Unmittelbar nach der Ankündigung von Deportationstransporten von Juden aus dem Westen avancierte er zum Leiter sämtlicher Fragen, „die mit der Unterbringung und dem Arbeitseinsatz von Juden und Zigeunern im Reichsgau Wartheland zusammenhängen“, und war nach dem September 1941 für die Ermordung der Juden im Vernichtungslager Kulmhof zuständig – die im Warthegau ohne konzeptionelle Lenkung des Reichssicherheitshauptamtes durchgeführt wurde.<sup>10</sup>

Doch nicht nur Mehlhorn und Pehle fanden bei der Abwehr zentralistischer Eingriffsmöglichkeiten Verwendung. Eine ganz bezeichnende Persönlichkeit in dieser Hinsicht war der Universitätsbeauftragte des Reichsstatthalters und spätere Kurator der Reichsuniversität Posen, Hanns Streit. Der in Posen geborene ehemalige Leiter des Studentenwerks beim Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung befand sich Anfang Oktober 1939 im Rahmen eines Wehrmachtseinsatzes in Posen, als er von seinem Ministerium den Auftrag bekam, die Sicherstellung der

<sup>9</sup> PETER KLEIN, Die „Gettoverwaltung Litzmannstadt“. 1940 bis 1944. Eine Dienststelle im Spannungsfeld von Kommunalbürokratie und staatlicher Verfolgungspolitik, Hamburg 2009, S. 142-144.

<sup>10</sup> Ebd., S. 479-506.

polnischen wissenschaftlichen Einrichtungen in die Wege zu leiten.<sup>11</sup> Er erfuhr von Greiser, Hitler habe während seines Vortrags im September entschieden, in der Gauhauptstadt solle beschleunigt eine Universität gegründet werden. Erst durch Streit bekam der Minister Rust mitgeteilt, dass Greiser auf der Grundlage eines Führerwunsches bereits eigeninitiativ tätig wurde, und er akzeptierte dessen Vorschlag, seinen Abgesandten zum Universitäts- und Wissenschaftsbeauftragten des Reichsstatthalters zu ernennen.<sup>12</sup> In den folgenden Monaten forcierten Greiser und Streit den Aufbau der künftigen Reichsuniversität, obwohl sich anlässlich der Verhandlungen um die Haushaltsmittel herausstellte, dass bei Hitlers Besprechung mit Greiser keine Rede von einer zügigen Eröffnung gewesen war.<sup>13</sup> Arthur Greiser hatte nicht nur Hitlers Meinung extensiv ausgelegt, sondern mit der gleichzeitigen Übernahme Streits in die Reichsstatthalterei das zuständige Ministerium an sich gebunden. Beide waren erfolgreich, auch weil die Universität eine neue Lehranstalt für die umgesiedelten baltisch-deutschen Wissenschaftler werden sollte und somit ein zentrales Arbeitsplatzproblem lösen würde.<sup>14</sup> Die Universität eröffnete am 20. April 1941, und Hanns Streit avancierte zum ersten Universitätskurator, Gaudozentenführer und blieb Greisers Wissenschaftsreferent.

Tatsächlich lassen sich bei genauerer Betrachtung der dienstlichen Obliegenheiten von Greisers engerem Mitarbeiterstab immer wieder ähnliche Strategien feststellen, die letztlich regionale Autonomie und größtmöglichen eigenen Handlungsspielraum sichern und erweitern sollten.

---

<sup>11</sup> BA REM/R 4901, Bd. 2127, Bl. 6. Vermerk, 6.10.1939. Zum Wehrmachtseinsatz von Streit Archiv der Adam-Mickiewicz-Universität, Posen (AUAM) 143/73, Bl. 153. Vermerk. OKW/ Amt Abwehr II, 13.10.1939.

<sup>12</sup> BA REM/4901, 2127, Bl. 7. Rust an Bormann, 16.1.1940: „Ich habe diese Entscheidung des Führers, die bereits erfolgte, ehe ich selbst Gelegenheit hatte, dem Führer in dieser Frage Vortrag zu halten, aufrichtig begrüßt, weil sie die Möglichkeit eröffnet, an dem Aufbau des Warthegaues auch von Seiten der Wissenschaft mitzuarbeiten.“ – Zum Einverständnis des Ministeriums bezüglich Streits neuer Beaufragung AUAM 143/73, Bl. 109. Reichserziehungsministerium an Reichsstatthalter Greiser, 24.11.1939.

<sup>13</sup> BA REM/4901, 2127, Bl. 13. Lammers an Rust, 31.1.1940: „Ihrer Bitte entsprechend habe ich bei meinem letzten Vortrag den Führer über die Errichtung einer deutschen Universität in Posen befragt. Der Führer hat mir mitgeteilt, daß er eine Entscheidung, es solle in kürzester Frist in Posen eine deutsche Universität errichtet werden, nicht getroffen habe; er habe lediglich angeordnet, daß die Errichtung einer Universität in Posen vorbereitet werden solle.“ Zu Lammers' Vortrag HELMUT HEIBER, *Die Kapitulation der Hohen Schulen. Das Jahr 1933 und seine Themen*, München u. a. 1992, S. 215.

<sup>14</sup> ROLAND GEHRKE, Deutschbalten an der Reichsuniversität Posen, in: *Deutschbalten, Weimarer Republik und Drittes Reich*, hg. v. MICHAEL GARLEFF, Bd. 1, Köln 2001, S. 389-426; BLAŻEJ BIAŁKOWSKI, Reinhard Wittram an der „Reichsuniversität Posen“. Die Illusion einer baltischen Variante des Nationalsozialismus, in: *Deutschbalten, Weimarer Republik und Drittes Reich*, hg. v. MICHAEL GARLEFF, Bd. 2, Köln 2008, S. S. 353-385.

Kendzia versuchte Tarifeingriffe seitens der Berliner Arbeitseinsatzverwaltung zu verzögern, Jäger galt als forcierende Kraft bei der diskriminierenden Kirchenpolitik im Warthegau und Harry Siegmund sabotierte die Anweisungen des Reichskommissars für Energie und Wasser, indem er als Aufsichtsratsvorsitzender der Elektrizitätswerke im Warthegau (ELWAG) trotz gegenteiliger Anweisungen aus Berlin das Posener E-Werk aus der Kreisverwaltung herauskaufte, um ein gaeigenes Versorgungsunternehmen zu etablieren.<sup>15</sup> Gerade Siegmunds Fall zeigt deutlich, wie sehr Greiser bedacht war, die Loyalität seiner Mitarbeiter auch im Konfliktfall mit den Reichsbehörden zu wahren, indem er seine Beziehungen spielen ließ.

Harry Ernst Richard Siegmund, als Sohn von Max Siegmund, dem Bruder von Greisers Mutter, am 25. September 1910 in Libau geboren, war nach seinem Studium der Rechtswissenschaft am Oberlandesgericht Königsberg als Referendar beschäftigt, wo er auch seine zweite juristische Staatsprüfung abgelegt hatte. Im Herbst 1936 wechselte er als Assessor in die Auswärtige Abteilung im Senat der Freien Stadt Danzig, wo er dem Leiter Viktor Böttcher zuarbeitete; einen Monat vor dem Überfall auf Polen wurde er dort zum Oberregierungsrat befördert. Seit dem 12. September 1939 war Siegmund als Persönlicher Referent des Gauleiters und Reichsstatthalters ausgewiesen. In dieser Vertrauensstellung bei seinem Vetter wohnte Siegmund sämtlichen wichtigen Sitzungen bei, wurde Vorsitzender einer Kammer des Gaugerichts und fungierte auf dem Parteisektor als Leiter des Führungsstabes. Nachdem er von Greiser Anfang 1943 zum Aufsichtsratsvorsitzenden der ELWAG ernannt worden war, führte Siegmund, so der Referent Fuchs von der Kommunalabteilung des RMdI,

„die Maßnahmen durch, die zur Wegnahme und Übereignung der gemeindlichen Elektrizitätsunternehmen an die Elwag erforderlich sind. Wie mir noch dazu mitgeteilt wurde, hatte der Generalinspektor für Wasser und Energie, nachdem sich der Reichsstatthalter bereiterklärt hatte, 51 % des Aktienkapitals der Elwag dem Reich zu übereignen, beabsichtigt, von sich aus an Stelle des ORR [Oberregierungsrat] Siegmund einen neuen Aufsichtsratsvorsitzer zu bestellen. Daraufhin soll Reichsstatthalter Greiser dem Generalinspektor mitgeteilt haben, daß er seine Zusage auf Übereignung der Aktienmehrheit an das Reich zurückziehen müsse, wenn dieser auf seiner Forderung bestehe“.<sup>16</sup>

So verblieb Siegmund auf seinem Posten und kaufte trotz Verbots durch eine entsprechende Verfügung vom 10. Mai 1943 des RMdI die städtischen Elektrizitätswerke Posens an. „Es ist deswegen zu wenig angenehmen

<sup>15</sup> Zur Sonderbehörde BERNHARD STIER, Nationalsozialistische Sonderinstanzen in der Energiewirtschaft. Der Generalinspektor für Wasser und Energie 1941–1945, in: Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus 22 (2006), S. 138–158.

<sup>16</sup> RGVA, 720-5-9445, unpag. Interner Vermerk des RMdI, Abtl. V, 8.4.1943.

telefonischen Auseinandersetzungen zwischen Ministerialdirigent Dr. Fuchs im Hause und Oberregierungsrat Siegmund gekommen“.<sup>17</sup> Fortan versuchte man im RMdI die beiden Erlasse über die Beschäftigung naher Verwandter bei Behördenleitern vom 4. Januar und 15. Juli 1943 gegen Siegmund in Anwendung zu bringen.<sup>18</sup> Außerdem war Greisers Vetter in einen großen Textilschiebungsskandal verwickelt, der sich seit Ende 1942 gegen einen Großhändler aus Lodz sowie den Präsidenten der Wirtschaftskammer in Posen richtete und vor dem Sondergericht Litzmannstadt verhandelt wurde. Doch Greiser konnte beide Angriffe geschickt parieren. Er veranlasste den Leiter der Parteikanzlei, den Verwandtschaftsfall bei Hitler vorzutragen, der „entschieden habe, Siegmund dürfe trotz des nahen Verwandtschaftsverhältnisses in seiner jetzigen Stellung belassen werden“.<sup>19</sup> Im Falle des Sondergerichtsverfahrens fand der zuständige Personalreferent heraus, dass

„gegen Siegmund nicht noch etwas veranlasst werden wird, [...] weil zwischen Minister Thierack und Reichsstatthalter Gauleiter Greiser unter vier Augen der Kreis der zu belangenden Persönlichkeiten festgelegt worden ist. Siegmund fällt nicht hierunter, so dass voraussichtlich weitere Folgerungen für ihn nicht zu erwarten sein werden.“<sup>20</sup>

Als Greiser die Anforderung Siegmunds durch den Bevollmächtigten General der Deutschen Wehrmacht in Italien zur Abordnung als Militärverwaltungsbeamter mit dem Hinweis hintertrieb, sein persönlicher Referent sei wegen einer Augenverletzung Greisers unersetzlich, ließ er sich dies vom neuen Reichsminister des Innern Heinrich Himmler bestätigen.<sup>21</sup> Erst als der Reichsstatthalter durch seinen Vertreter August Jäger im März 1944 im RMdI auf die Einsetzung Siegmunds als Regierungsvizepräsident in Litzmannstadt bestand, um „über Siegmund einen guten Einblick in die Verhältnisse in Litzmannstadt“ zu bekommen, schritt Himmler ein.<sup>22</sup>

<sup>17</sup> Ebd. RMdI/Abt. III an RFSS durch die Hände des StS Stuckart, 17.9.1943.

<sup>18</sup> Ministerialblatt des Reichsministeriums des Innern (MBliV) 1943, S. 39, 1162.

<sup>19</sup> So jedenfalls in RGVA, 720-5-9445, unpag. Greiser an RMdI, 1.7.1943. Bereits drei Wochen vorher hatte die Personalabteilung Erkundigungen bei der Parteikanzlei eingezogen und erfahren, dass Bormann gegen die weitere Verwendung Siegmunds in dessen Posener Parteiämtern nichts einzuwenden hatte. „Unter diesen Umständen scheint es wenig aussichtsreich, staatlicherseits gegen die Verwendung des Oberregierungsrates Sigmund [sic!] als persönlicher Referent vorzugehen.“ Vermerk zu P 5-1685/43 v. 9.6.43, in: Ebd.

<sup>20</sup> Ebd. RMdI/Abt. III an RFSS durch die Hände des StS Stuckart, 17.9.1943.

<sup>21</sup> Ebd. Bev. General der Deutschen Wehrmacht in Italien, Verw.Stab an OKH/GenStdH/GenQu betr. Personalanforderung, 20.11.1943 sowie Schreiben Greisers P.182/44, 10.3.1944 an OKH/GenQu, betr. Einsatz meines Persönlichen Referenten, wo er die Absprache mit Himmler erwähnt.

<sup>22</sup> Ebd. Vermerk Hans v. Helms an StS Stuckart, 1.3.1944.

In einem persönlichen Brief erklärte Himmller unumwunden: „Ich möchte Ihnen wirklich den freundschaftlichen Rat geben, von dem Antrag Abstand zu nehmen. Man soll Verwandte niemals im eigenen Bereich beschäftigen. Dies ist immer falsch. Außerdem weiss ich, wie streng der Führer in diesen Dingen denkt.“<sup>23</sup> Greiser zog seinen Vorschlag umgehend zurück, wandte sich aber abschließend an den Reichsführer als Innenminister, um für seinen Vetter zu werben. Dieser habe nämlich Feinde im Ministerium, die ihm unzutreffender Weise unterstellt, die in ihrer Diktion schroffen dienstlichen Schreiben Greisers vorzuformulieren.<sup>24</sup>

Die persönlichen Kontakte des Reichsstatthalters zu kompromissbereiten Reichsministern, wie etwa Otto Georg Thierack oder Bernhard Rust, sein hervorragendes Verhältnis zum Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei, zum Leiter der Parteikanzlei sowie die faktische Ohnmacht des RMdI bei der Durchsetzung von Personalanweisungen schufen für Greiser die idealen Grundlagen zur Etablierung eines kleinen Personenverbands, der die Eingliederung der Reichsstatthalterei als bloße Zwischeninstanz der Reichsministerien in seinem Reichsgau erfolgreich verhinderte.

Ganz ähnlich funktionierte auch der Ausschluss von Abtrünnigen aus diesem Gefolgschaftsverband; allerdings mit der zusätzlichen Möglichkeit Greisers, in seiner Eigenschaft als Reichsverteidigungskommissar sozusagen autonom über die Freigabe von Beamten zum Wehrdienst befinden zu können, wenn diese zu den Einberufungsjahrgängen zählten. So war Werner Ventzki, ehemals Gauamtsleiter der NSV in Posen, durch beständiges Antichambrieren Greisers beim zweifelnden Pfundtner gegen eine ganze Reihe anderer Kandidaten im Mai 1941 zum Oberbürgermeister von Lodz gekürt worden, wo er sich allerdings nicht als Günstling bewährte. Ventzkis Protest gegen die Aufnahme von Juden aus dem Westen im Herbst 1941 und sein positives Votum während einer Konferenz ein Jahr später zur Frage der Einführung von Lohnsteuern für die Juden im Ghetto der Stadt, die ohne Beteiligung der Reichsstatthalterei abgehalten worden war, sorgten bei Greiser für erhebliche Verstimmung. Als Ventzki dann Ende April 1943 bei Mehlhorn für eine Erhöhung der Lebensmittelrationen zu Gunsten der Juden eintrat, obwohl Greiser und Himmller die Auflösung des Ghettos

<sup>23</sup> Ebd. Himmller als RFSS und Reichsminister des Innern an SS-Obergruppenführer und Gauleiter Greiser, 30.3.1944. Himmller wurde das Problem der verwandtschaftlichen Protektion in der inneren Verwaltung bis zum Schluss nicht los, siehe: HANS MOMMSEN, Ein Erlaß Himmlers zur Bekämpfung der Korruption in der inneren Verwaltung vom Dezember 1944, in: VfZ 16 (1968), S. 295-309.

<sup>24</sup> Siegmund erinnerte sich, dass ihm sein Corpsbruder, StS Pfundtner, heftige Vorwürfe wegen dieser Schreiben gemacht hatte, SIEGMUND, Rückblick, S. 299; RGVA, 720-5-9445. Der Reichsstatthalter im Reichsgau Wartheland, P. 388/44, an den RFSS und RMdI, persönlich, 12.4.1944.

planten, schien das Maß voll. Am 22. Mai 1943 ließ Greiser das RMdI wissen, Venzki sei nun zum Wehrdienst freigegeben, und er habe in Abstimmung mit Himmler die Kriegsvertretung des Oberbürgermeisters auf dem Erlasswege an den Gestapostellenleiter delegiert. Die heftigen Proteste aus dem Ministerium berührten Greiser nicht, und als Himmler am 20. August 1943 zum Nachfolger Fricks ernannt wurde, ließ Stuckart die Entgegnungen einstellen. So wurde ein Abtrünniger mit Hilfe Himmlers in dessen Eigenschaft als Chef der deutschen Polizei und als Innenminister durch einen zuverlässigen Gestapobeamten ersetzt.<sup>25</sup>

Der zweite Fall war schon etwas schwieriger zu erledigen. Betroffen war der Landrat und Kreisleiter des Kreises Lask im Regierungsbezirk Litzmannstadt, der bereits seit Ende Februar 1940 kommissarisch diesen Posten wahrnahm. Der jetzt 34-jährige Alfred Todt war kein Fachbeamter, sondern seit Ende 1934 Reichshauptstellenleiter in der Münchener NSDAP-Zentrale gewesen, in den letzten Jahren als Leiter der Abteilung M, wo „der Einsatz der Partei für den Kriegsfall“ vorbereitet wurde.<sup>26</sup> Er hatte sich freiwillig zum Einsatz als Landrat in den eingegliederten Gebieten gemeldet, und Regierungspräsident Friedrich Uebelhoer stellte ihm im Sommer 1941 einen glänzenden Befähigungsnachweis aus, der die Grundlagen bilden sollte für die dauernde Beschäftigung als Landrat:

„Der komm. Landrat Todt ist sofort nach seinem Amtsantritt mit großer Tatkräft daran gegangen, die Aufbauarbeit in dem besonders schwierigen Kreis Lask vorwärts zu treiben. Dies ist ihm auch trotz der gerade in diesem Kreise noch bestehenden Personalschwierigkeiten bestens gelungen. Er hat dabei großen Fleiß und Umsicht gezeigt und hat bewiesen, daß er auch in schwierigen Lagen rasch und ohne Umschweife die richtigen Entscheidungen zu treffen weiß. Sein Verhalten hat sich stets durch Bestimmtheit und Offenheit ausgezeichnet; er hat sich dadurch die uneingeschränkte Achtung seiner Vorgesetzten und Untergebenen erworben. Der komm. Landrat stellt somit für den Aufbau im Osten eine ganz besonders wertvolle Kraft dar, und ich halte ihn für die Bekleidung des Amtes eines Landrats für besonders befähigt und geeignet.“

Auch Greiser schloss sich dieser Beurteilung an, so dass zum Abschluss des Ernennungsverfahrens nur noch die erforderlichen Abstammungsnachweise zu erbringen waren, was allerdings noch knapp ein Jahr dauern

---

<sup>25</sup> Der Vorgang ist mit Hilfe der überlieferten Personalakten im Staatsarchiv Posen (APP) sowie im RGVA umfassend rekonstruiert in: KLEIN, „Gettoverwaltung Litzmannstadt“, S. 231-236, 576-585.

<sup>26</sup> RGVA 720-5-10125, unpag. handschriftlicher Lebenslauf in Todts RMdI-Personalakte, o. D.

sollte.<sup>27</sup> Als am 15. Mai 1942 endlich die Ernennungsurkunde ausgestellt war, befand sich Todt bereits auf der Liste derjenigen Landräte des Jahrgangs 1905, die für den Wehrdienst freigegeben wurden.<sup>28</sup> Mit Todt wurde ein SS-Sturmbannführer der Allgemeinen SS als Schütze der Waffen-SS zum Oberabschnitt Spree nach Berlin kommandiert, der an chronischem Gelenkrheumatismus und an einem Herzmuskelfehler litt; prompt wurde er auch nur „garnisonsverwendungsfähig Heimat“ geschrieben.<sup>29</sup> Ob Greiser ihn bereits jetzt aus Kalkül vom Dienstsitz in Pabianice versetzt wissen wollte, ist unwahrscheinlich; am 21. Juli 1942 bestätigte der Reichsstatthalter nach Rückfrage aus Berlin noch einmal, er mache Uebelhoers Befähigungsurteil zu seinem eigenen, aber er fügte hinzu, dass er Todt nicht im Landkreis Lask behalten, sondern anderweitig als Landrat im Reichsgau Wartheland einsetzen wolle.<sup>30</sup>

Todt wurde also zum Landrat mit Planstellenzuweisung und Besoldungsgruppierung ernannt, obwohl er zu diesem Zeitpunkt diesen Dienst nicht mehr versah. Anfang März 1943 erhielt das RMdI unvermutet ein Schreiben Greisers, in welchem er den seit Monaten abwesenden Landrat plötzlich wegen mangelnder Eignung ablehnte.<sup>31</sup> Aus Todts hervorragender „Ostfähigkeit“ war plötzlich „Ostunfähigkeit“ geworden, ohne dass Greiser sich bemüht fühlte, weitere Erklärungen abzugeben. Während der umstrittene Landrat in den folgenden Wochen und Monaten als Fürsorgereferent beim SS-Oberabschnitt Spree Dienst tat, an einem Führerlehrgang für Versehrte in Bad Tölz teilnahm und zuletzt als SS-Oberscharführer im Berliner SS-Hauptamt tätig war, wurde hinter den Kulissen über die Wiedereinsetzung im Kreis Lask gestritten.<sup>32</sup> Unvermutete Hilfe erhielten die Personalreferenten des RMdI hierbei durch eine generelle Anweisung Himmlers als neuem Innenminister, wonach Landräte nur dann abgezogen

<sup>27</sup> RGVA 720-5-10125. Der Reichsstatthalter im Warthegau, I/30, an den RMdI, betr. Ernennungsvorschlag für den komm. Landrat in Lask, 27.6.1941.

<sup>28</sup> Ebd. Der Regierungspräsident Litzmannstadt an das RMdI, durch die Hand des Herrn Reichsstatthalters, 4.5.1942.

<sup>29</sup> BA BDC, SSO Alfred Todt, handschrftl. Lebenslauf, datiert 21.9.1943.

<sup>30</sup> RGVA 720-5-10125. Der Reichsstatthalter im Warthegau, I/30, an den RMdI betr. Ernennung des komm. Landrats Todt zum Landrat, 21.7.1942.

<sup>31</sup> BA R 1501, 8105, Bl. 3. Der Reichsstatthalter im Warthegau, I-30/2:135/6-5-Todt, an den RMdI, betr. Besetzung des Landratsamts Lask, 9.3.1943: „Es hat sich inzwischen ergeben, daß Todt nicht die Eignung besitzt, die in den eingegliederten Ostgebieten von einem Landrat verlangt werden muß. Todt ist vielleicht geeignet, einen Kreis im Altreich zu verwalten, wo die Verhältnisse nicht so schwierig sind, wie in dem Warthegau. Dafür spricht auch sein wenig guter Gesundheitszustand. Außerdem hat Todt selbst den Wunsch nach Versetzung geäußert, wie mir seitens der Partei mitgeteilt worden ist.“

<sup>32</sup> BA BDC, SSO Alfred Todt.

werden durften, wenn sie an der Front eingesetzt würden.<sup>33</sup> Bei Alfred Todt war das nicht der Fall, aber Himmler gab Todt in seiner Eigenschaft als Reichsführer-SS nicht frei. Er wies die Personalabteilung des RMdI jedoch an, bei der alten Wirkungsstätte des ungeliebten Landrats nach einer neuen Verwendung nachzusuchen, und Bormann ließ zusichern, man werde sich um eine vergleichbare Position kümmern.<sup>34</sup> Himmler und Bormann ersparten Greiser also die Wiedereinsetzung des Landrats Todt. Vergleicht man Greisers Beharrung auf der Entfernung des angeblich „ostunfähigen“ Beamten mit seinem weichen Vorgehen gegen den Landrat im Kreis Hohensalza, Otto von Hirschfeld, der im Oktober 1939 im Vollrausch ein Massaker unter Gefängnisinsassen angerichtet hatte, so müsste Alfred Todt ein wirklich gravierender Fall gewesen sein.<sup>35</sup> In seiner Personalakte beim Innenministerium findet sich jedoch nicht der geringste Hinweis; nur in seiner SS-Offiziersakte wurde eine Notiz des SS-Personal-Hauptamtes abgeheftet, dass der Vorgang Todt sich beim Hauptamt SS-Gericht befindet „im Zusammenhang in der Angelegenheit Uebelhoer, Moser u. a.“<sup>36</sup> Damit wird klar, dass Todt zu denjenigen Abtrünnigen aus der Gefolgschaft Greisers gehörte, die zum Kreis um den Regierungspräsidenten von Litzmannstadt, Friedrich Uebelhoer, und dessen Vizepräsidenten, Dr. Walter Moser, gehörten.

Vor allem Friedrich Uebelhoer hatte sich schnell von einem Gefolgsmann Greisers zu seinem stärksten Widersacher entwickelt. Der ehemalige Naumburger Oberbürgermeister und Kreisleiter, SS-Standartenführer und Parteimitglied seit 1925, war vom RMdI Ende September 1939 zur Abordnung als Regierungspräsident vorgeschlagen worden, weil er sowohl für die innere Verwaltung als auch für die Partei als kompetenter Vertreter ihrer jeweiligen Interessen eingeschätzt wurde. Greiser hatte zunächst auch keinen Grund, an der Loyalität seines thüringischen Regierungspräsidenten zu zweifeln. Dies spiegelt sich nicht nur an der wohlwollenden Einschätzung wider, dass Lodz als einzige Groß- und Industriestadt nicht direkt aus der Reichsstatthalterei verwaltet werden sollte. Auch die Verlegung des Dienstsitzes aus dem vergleichsweise kleinen Kalisch nach Lodz wurde in der Reichsstatthalterei ausdrücklich befürwortet.

<sup>33</sup> RGVA, 720-5-10125. Vermerk RMdI II RV 6167/44-270 an Abtl. III, 8.2.1944: „Die Tätigkeit des Landrats Todt kann zweifellos nicht als Fronteinsatz im Sinne der bekannten Weisung des Reichsführers-SS angesehen werden.“

<sup>34</sup> Ebd. Schreiben RMdI, III 4-3093/44 an den Leiter der Partei-Kanzlei, 16.3.1944 sowie dessen Antwort, 5.5.1944.

<sup>35</sup> Zu Otto v. Hirschfelds Morden und Greisers Vorschlag, dies lediglich disziplinarisch zu ahnden: EPSTEIN, Model Nazi, S. 132 f.

<sup>36</sup> BA BDC, SSO Alfred Todt. SS-Personalhauptamt an Pers. Stab RFSS v. 28.9.1943.

Als Uebelhoer sich im November 1939 darüber beschwerte, dass von einzelnen Referaten der Reichsstatthalterei direkte Anweisungen an Landräte seines Regierungsbezirks hinausgingen, reagierte Jäger umgehend mit einem Verbot.<sup>37</sup> Als sich der kommissarische Oberbürgermeister von Lodz, Franz Schiffer, wegen Uebelhoers beständiger Eingriffe in die Stadtverwaltung beschwerte, schlug Greiser sich auf die Seite seines Regierungspräsidenten und betrieb erfolgreich die Absetzung des OB.<sup>38</sup> Die Harmonie spiegelte sich auch in persönlichen Kontakten. So bat Greiser seinen Regierungspräsidenten auf privatem Wege, bei der Vervollständigung der Aussteuer seiner Tochter Ingrid behilflich zu sein, was am 11. April 1940 mit einem großen Einkaufsbesuch bei der Litzmannstädter Warenhandelsgesellschaft sowie einem Besuch im noch offenen Ghetto endete.

Etwa zur gleichen Zeit jedoch konnte man in der Reichsstatthalterei bemerken, dass Uebelhoer ganz selbstbewusst gegenüber seiner vorgesetzten Behörde auftrat. Wenn Greiser gegenüber den Berliner Zentralbehörden immer wieder mit der Besonderheit seines Führerauftrags zur dauerhaften Eindeutschung seines Gaugebietes operierte, so tat Uebelhoer ihm gegenüber das Gleiche mit dem Hinweis auf die Charakteristika des Regierungsbezirks, der im Gegensatz zum Posener Bezirk stets unter polnischer oder russischer Verwaltung gestanden habe, der die meisten Juden beherbergen müsse und dessen nach Osten ausgerichtete wirtschaftliche Infrastruktur nun abgeschnitten sei. Uebelhoers Vorstöße gipfelten in mehrfach geäußerten Wünschen, die Verwaltungskompetenz der Reichsstatthalterei nur noch auf eine allgemeine Steuerung der „grossräumigen Sachgebiete“ zu begrenzen, wobei er sich ganz auf der Linie der Vorstellungen des Reichsinnenministers Frick befand.<sup>39</sup>

Wann immer sich Möglichkeiten boten, auf dem Gebiet der inneren Verwaltung die Schwerfälligkeit der Dienstbehörde oder die unsachgemäße Behandlung eines regionalen Problems zu dokumentieren, ließ Uebelhoer Aufzeichnungen hierüber anfertigen, wie etwa die seines Wirtschaftsdezernenten Ludwig Illig, der am 17. Oktober 1940 hinsichtlich der Wirtschaftslenkung feststellte: „Nichts gegen die Zentrale in Posen: ihre unbedingte Notwendigkeit in allen grundsätzlichen Fragen steht außer allem Zweifel. Aber daneben mehr Bewegungsfreiheit für den Regierungspräsidenten,

<sup>37</sup> BA N 2313 (NL Uebelhoer), Bd. 7, Bl. 33-35. Der Reichsstatthalter im Warthegau an den RMdI, betr. Abgrenzung der Regierungsbezirke im Warthegau, 29.10.1939; ebd., Bl. 126-129. Mehlhorn an Uebelhoer, 27.11.1939. Ebd., Bl. 93. Der Reichsstatthalter, Abtl. Z, 29.11.1939.

<sup>38</sup> KLEIN, „Gettoverwaltung Litzmannstadt“, S. 32-40 und 89.

<sup>39</sup> Ebd., S. 394-406.

mehr schöpferische Gestaltungsmöglichkeiten für ihn beim Wirtschaftsaufbau in seinem Bezirk.“<sup>40</sup>

Aufgrund der unterschiedlichen Auslegung der Kompetenzen des Regierungspräsidenten kam es auch immer wieder zu direkten Korrespondenzen zwischen Uebelhoer und den Fachreferenten im RMdI. So musste Mehlhorn im Februar 1941 den Regierungspräsidenten ausdrücklich mahnen, dass ein derartiger Schriftverkehr nur durch die Hände des Reichsstatthalters gehen dürfte, was allerdings nicht durchgängig befolgt wurde.<sup>41</sup> Außerdem war die Art und Weise des Protests von Uebelhoer anlässlich der Judendeportationen nicht gerade dazu angetan, eine Haltung als Gefolgsmann Greisers zu demonstrieren.<sup>42</sup> Das Jahr 1942 war dann auch geprägt von einer ultimativen Zuspitzung des Streits um die Zügelung des widersetlichen Präsidenten. Während man in der Reichsstatthalterei begann, Material gegen Uebelhoer zu sammeln, ließ dieser wiederum keine Gelegenheit aus, sich mit Greiser anzulegen. Als Greiser in seiner Eigenschaft als Gauleiter den Kreisleiter Johannes Neumann Anfang Mai 1942 suspendierte, reagierte Uebelhoer mit einem scharfen Brief, weil hierdurch sein Landrat des Kreises Kempen abgezogen wurde. Neumann sei ein herausragender Beamter gewesen, der von einer Parteikamarilla um Greiser mit haltlosen Beschuldigungen eingedeckt worden sei. Anstatt Uebelhoer vorher zu hören, habe der Reichsstatthalter eine krasse Fehlentscheidung getroffen.<sup>43</sup> Umgehend antwortete Greiser, er habe als Gauleiter in diesem Falle nicht die Pflicht, ihn als Betroffenen zum Vortrag zu bitten. Entscheidend war allerdings eine andere Passage:

„Wenngleich ich Ihnen persönlich gegenüber durch mein Vertrauen, das ich nach wie vor zu Ihnen habe, nicht den Standpunkt vertreten kann, daß Sie eine Entfremdung des Litzmannstädter Raumes vom Gesamtgau weder anstreben noch dulden noch fördern, so kann ich nicht verhehlen, daß durch die von

<sup>40</sup> BA N 2313, Bd. 11, Bl. 183. Ludwig Illig, datiert 17.10.1940 [ohne Titel, unvollständig]. Ebenso deutlich: Ebd., Bd. 12, Bl. 300 f. Abt. III [Illig], betr. Verhältnis zwischen Posen und Litzmannstadt, 22.11.1941.

<sup>41</sup> Staatsarchiv Lodz, Inv. 176, Bd. 2. Der Reichsstatthalter, I:I 120 an den Regierungspräsidenten in Litzmannstadt betr. Schriftverkehr, 14.2.1941. Weiterer Verstoß Uebelhoers mit Marginalie Greiser: „Eine Eilbedürftigkeit für den Brief des Regierungspräsidenten vom 14. Juni an den Herrn Reichsminister des Innern vermag ich beim besten Willen nicht anzuerkennen.“, in: APP Reichsstatthalter, Bd. 1064, Bl. 29. Vermerk betr. Dienstwohngebäude des Regierungspräsidenten in Litzmannstadt, 24.6.1942. Generell DIETER REBENTRUP, Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg. Verfassungsentwicklung und Verwaltungspolitik, 1939–1945, Stuttgart 1989, S. 254 f.

<sup>42</sup> KLEIN, „Gettoverwaltung Litzmannstadt“, S. 401.

<sup>43</sup> BA N 2313, Bd. 13, Bl. 111. Uebelhoer an Gauleiter Greiser, persönlich, 14.5. 1942.

Ihnen vertretenen Auffassungen auch gerade in der Form, wie sie in Ihrem Schreiben vom 14. Mai zum Ausdruck gekommen sind, zum mindesten unbewußt Bestrebungen unterstützt werden, die Litzmannstadt und seine weitere Umgebung dem Führungsanspruch meiner Dienststellen in Posen immer mehr entfremden wollen mit dem Ziele, diesen Führungsanspruch überhaupt zu negieren. [...] Daß ich meinerseits im Hinblick auf die Mittelinstanzen in der Reichsreform meine besonderen in die Zukunft hinübergreifenden Gedanken hatte, habe ich Ihnen in Offenheit seiner Zeit auseinandergesetzt. Ebenso offen muß ich Ihnen aber heute bekennen, daß Sie es mir wirklich schwer machen, eine so weitgesteckte Personalpolitik weiter zu verfolgen.“<sup>44</sup>

Damit stand der Vorwurf im Raum: Während Greiser sich strategische Gedanken um die Platzierung seines Territoriums bei einer künftigen Reichsreform machte, arbeitete sein Regierungspräsident in der einzigen Großstadt und Wirtschaftsmetropole Lodz auf die Teilung des Gaues hin.<sup>45</sup> Wortreich dementierte Uebelhoer derlei auch nur unbewusste Bestrebungen und stellte sich als derjenige hin, der unablässig die Angleichung der früher nicht preußischen Teile an die Verhältnisse im Bezirk Posen erarbeitet habe.<sup>46</sup> Allerdings sei er schon seit 1940 das Opfer unverantwortlicher Gerüchtemacher in Posen, denen Greiser unverständlichweise sein Ohr geliehen habe. „Wie verfahren die Verhältnisse sind, werden wir drei Regierungspräsidenten Ihnen demnächst in einer Denkschrift darlegen; denn auch uns erfüllt die Entwicklung im Gau mit ernster Sorge.“<sup>47</sup>

Als Uebelhoer diese Zeilen schrieb, war die Denkschrift aus der koordinierenden Feder des Regierungspräsidenten Burkhardt (Hohensalza) bereits nahezu fertig gestellt, und sie liest sich auch heute noch vor dem Hintergrund von Greisers Amtsverständnis wie ein Putschversuch gegen den Reichsstatthalter.<sup>48</sup> An zahllosen Beispielen wurden hier rechtswidrige

<sup>44</sup> Ebd., Bl. 112-115, Zitat Bl. 114 f. Gauleiter Greiser an Friedrich Uebelhoer, persönlich, 17.5.1942.

<sup>45</sup> Zur angestrebten nationalsozialistischen Reichsreform REBENTISCH, Führerstaat, S. 163-229.

<sup>46</sup> Zweifel sind berechtigt. Am 20.2.1943 erklärte Uebelhoer laut Protokoll bei einer Vorladung im RMdI während seines Dienststrafverfahrens: „Ich bin solchen Äußerungen in der Bevölkerung über die Teilung des Gaues bisher stets auf das entschiedendste entgegengetreten, worüber ich eine Reihe von Zeugen nennen kann, muß aber betonen, daß ich das aus Disziplingründen und nach 1,5 Jahren gegen meine innere Überzeugung getan habe.“, in: RGVA 720-5-10245, Bl. 116-122, hier Bl. 119.

<sup>47</sup> BA N 2313, Bd. 13, Bl. 116-123, Zitat Bl. 118 f. Friedrich Uebelhoer an Gauleiter Greiser, persönlich, 29. Mai 1942.

<sup>48</sup> Ebd., Bd. 16, unpag. Regierungsvizepräsident Hohensalza, Dr. Pickel, an Regierungsvizepräsident Litzmannstadt, Dr. Moser, 20.5.1942, sowie die Anlage „Gliederung der Verwaltung im Reichsgau Wartheland, insbesondere im Verhältnis zwischen Reichsstatthalter und Regierungspräsidenten.“ Eine von allen drei Regierungspräsidenten unterschrie-

Anweisungen, Verwaltungszersplitterung, Zentralismus und Doppelarbeit gerügt, die die Verantwortungsfreude der Beamten lähme und dem „Volksgenossen“ nicht diene. Die Reichsstatthalterei sei eine Kopfbehörde, die mit einem kleinen Verwaltungsapparat auskommen müsse, wohingegen die Regierungspräsidenten mit einem umfassenden Personalapparat ausgestattet werden müssten. Tatsache aber sei, dass die Reichsstatthalterei sich zu einem trägen „Wasserkopf“ entwickelt habe, die gar nicht mehr in der Lage sei, als Mittelinstanz zwischen Reich und Region zu fungieren. Bestes Beispiel sei der unmittelbare Verkehr zwischen RMdI und den Regierungspräsidenten, der nur deswegen eingerichtet worden sei, weil man in Posen nicht alle Berichte „durch die Hand des Herrn Reichsstatthalters“ nach Berlin weiterleite, und wenn, dann erheblich verspätet. Die Beschwerden gipfelten im Vorwurf, man überlege in der Reichsstatthalterei die Abschaffung der Regierungspräsidien zu Gunsten einer direkten Verwaltung.<sup>49</sup>

Greisers Antwort verriet allerdings keinerlei Unsicherheit, sondern kontere souverän, die Denkschrift gehe am Kern der Verwaltungsführung im Reichsgau vorbei, habe keinerlei kriegsentscheidende Bedeutung und sei schon deswegen kein Anlass zu Änderungen oder zur Weiterleitung an das RMdI.

„Dazu darf ich im Grundsätzlichen feststellen, dass der mir vom Führer persönlich für den Reichsgau Wartheland erteilte Auftrag nicht allein auf Verwaltung dieses Landes lautet, sondern wörtlich auf ‚Aufbau‘, d. h. also ‚Gestaltung‘. Hierzu ist die Verwaltung als Mittel zum Zweck anzusehen und dementsprechend auch ohne Scheu vor bisherigen Methoden und Erfahrungen der jeweiligen Gegebenheit nach einzusetzen. Ich habe bisher zwar keine Veranlassung gehabt, dem Führer jetzt im Kriege eine Änderung meiner Methoden und Mittel vorzuschlagen, insbesondere auch nicht bezüglich der Institution der Regierungspräsidenten, allerdings ermutigt mich die vorliegende Denkschrift an der Festhaltung dieser Linie nicht sonderlich.“<sup>50</sup>

In Greisers Perspektive war Uebelhoer nicht nur der Kopf der Verschwörung, er störte auch seit der Ankunft der Juden aus dem Westen im Herbst 1941 den ungehinderten Zugriff der Reichsstatthalterei auf die Eingesperrten im Ghetto Litzmannstadt. Als die drei Regierungspräsidenten ihre Denkschrift verfassten, schmiedete man in Posen Pläne zur Entfernung des Störenfries, und man erfand ein dienststrafrechtliches Vergehen. Die Reichsstatthalterei und der Sicherheitsdienst beschuldigten ihn, für seine luxuriöse Dienstwohnung völlig unverhältnismäßige Summen ausgegeben

---

bene Denkschrift, die nur minimal sprachlich abweicht, befindet sich in RGVA 720-5-10245, Bl. 43-67.

<sup>49</sup> Zitiert nach der Variante im RGVA 720-5-10245, Bl. 43-67.

<sup>50</sup> Ebd., unpag.

sowie die Bauausführung persönlichen Freunden übertragen zu haben. In einem konfrontativen Auftritt Greisers am 15. Dezember 1942 in Lodz beurlaubte er Uebelhoer, der sich Hilfe suchend an das RMdI wandte, wo bereits ein Dienststrafverfahren eingeleitet wurde. Moser erlitt das gleiche Schicksal. Bei ihm wurden neben den baulichen Aufwendungen seines Anwesens auch Vorwürfe fabriziert, er hätte mit der städtischen Gettowaltungsbörde undurchsichtige Geschäfte zu seinen Gunsten betrieben. Im Januar 1943 wandte Uebelhoer sich schriftlich an Hitler und bat ihn um Ehrenschutz, doch das Schreiben wurde von Bormann nicht weitergeleitet. Himmler steuerte ebenfalls seinen Teil dazu bei, dass Uebelhoer und Moser nicht zurückkehren konnten.

Noch in Unkenntnis des Untersuchungsergebnisses gegen Uebelhoer hatte er sich fernschriftlich am 2. März 1943 an Staatssekretär Pfundtner gewandt, wo es hieß, er hielte die dauerhafte Entfernung der beiden Beamten aus dem Warthegau für unumgänglich und drohte, er müsse sonst ihren Aufenthalt im Warthegau aus polizeilichen Gründen verbieten. Als das Untersuchungsergebnis zwei Tage später den Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei erreichte, ließ er Pfundtner mitteilen: „Ich halte es, ganz gleich wie das Urteil ausgefallen ist, für richtig, wenn beide so rasch wie möglich aus dem Warthegau verschwinden“.<sup>51</sup> Ein persönlicher Brief Uebelhoers an Himmler mit der Bitte um Vortrag blieb unbeantwortet.<sup>52</sup>

Uebelhoer wurde so lange beurlaubt, bis er den Posten des Regierungspräsidenten von Merseburg einnehmen konnte; auf seine Stelle wurde der bisherige Regierungsvizepräsident von Posen, Dr. Hermann Riediger, befördert. Der Regierungspräsident von Hohensalza, Hans Burckhardt, wurde im Frühjahr 1944 suspendiert unter dem Vorwand der kirchlichen Heirat seiner Tochter.<sup>53</sup> Nur Viktor Böttcher, der Gefolgsmann aus Danziger Tagen, blieb auf seinem Posten.

Arthur Greiser betrachtete seine leitenden Mitarbeiter nicht als Behördenbeamte, sondern vielmehr als ihm verpflichtete Gefolgsmänner, deren Loyalität auch gegen Proteste und Einwendungen von außen stets zu sichern war. Diese Perspektive sowie sein Wille, alle diejenigen aus der Gefolgschaft auszuschließen, die gegen sein Treue- und vor allem Führerprinzip verstießen, orientierten sich nie an den Regeln des Beamten- und

---

<sup>51</sup> KLEIN, „Gettowaltung Litzmannstadt“, S. 402–406. Zitat: BA NS 19/2651, Bl. 85. Fernschreiben Himmlers an Pfundtner, 5.3.1943.

<sup>52</sup> BA BDC, SSO Friedrich Uebelhoer. SS-Brigadeführer Uebelhoer an Reichsführer-SS persönlich, 20.4.1943.

<sup>53</sup> ALBERTI, Verfolgung, S. 64.

Besoldungsrechts oder der Deutschen Gemeindeordnung.<sup>54</sup> Greisers Personalpolitik richtete sich ausschließlich am ihm persönlich gegebenen „Führerauftrag“ der Eindeutschung des besetzten Territoriums aus. Sein Unwille, die Denkschrift der drei Regierungspräsidenten abseits ihrer „Gefolgschaftskündigung“ hinsichtlich der strukturellen Stichhaltigkeit auch nur zu prüfen, ist hier ebenso bezeichnend wie seine Strategie der Amtsenthebung Uebelhoers unter allen Umständen, und sei es mit haltlosen Anschuldigungen. Dabei korrespondiert die Schwäche des RMdI als personalhoheitliche Zentralbehörde direkt mit der unumschränkten Stellung Bormanns als Schlüsselfigur zu Hitler, wie es etwa dieser Fall und der Fall Harry Siegmund demonstrieren: Uebelhoer hatte keine Chance, seine Gravamina an den Führer heranzutragen, und der Vetter Greisers durfte auf seinem Posten bleiben.

Bedeutender war jedoch Greisers Verhältnis zu Himmler, der als Chef der Deutschen Polizei, als Reichsführer-SS und letztlich als Reichsinnenminister auch die bedenklichsten Personalentscheidungen des Reichsstatthalters deckte. Es wäre zu prüfen, ob Greiser die neue Ministerrolle Himmlers nicht zum Anlass genommen hatte, eine generelle „Treueprüfung“ unter seinen Beamten durchzuführen. Letztlich macht die Ausgangsposition des hervorragenden dienstlichen und persönlichen Verhältnisses zwischen Himmler und Greiser einen Vergleich mit kritischen Reichsstatthaltern und Gauleitern attraktiv, um weitere Konturen der Personalpolitik herauszustellen. Erst mit solchen empirischen und komparatistischen Arbeiten zur Analyse von Personalkonfigurationen in den Mittelinstanzen der Gau werden die aufgeworfenen Fragen um eine spezifische NS-Staatlichkeit zu beantworten sein.<sup>55</sup> Die eroberten Gebiete, in denen erst ab 1939 eine deutsche Verwaltung neu aufgebaut wurde, können dafür ein besonderes Vergleichsmuster darstellen.

---

<sup>54</sup> Eine Perspektive, die auch von Himmler als RMdI geteilt wurde. STEPHAN LEHNSTAEDT, Das Reichsministerium des Innern unter Heinrich Himmler 1943–1945, in: VfZ 54 (2006), S. 639–672.

<sup>55</sup> RÜDIGER HACHTMANN, „Neue Staatlichkeit“. Überlegungen zu einer systematischen Theorie des NS-Herrschungssystems und ihrer Anwendung auf die mittlere Ebene der Gau, in: Die NS-Gaue, hg. v. JOHN u. a., S. 57–79.